

Factsheet

zu den Haushaltsverhandlungen



Argumente für die nachhaltige Finanzierung der Psychosozialen Zentren aus Bundesmitteln

Tischvorlage zum Parlamentarischen Frühstück zur Finanzierung der Psychosozialen Zentren aus dem Haushaltstitel 684 05 - 236 [15.10.2024]

I. Kürzungspolitik:

Warum steht die Zukunft der PSZ auf dem Spiel?

Die Kürzungspolitik der Bundesregierung bedroht auch den Fortbestand der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete:

- Die Förderung der PSZ aus Bundesmitteln – eine wichtige Finanzierungssäule für alle 48 Einrichtungen bundesweit – soll 2025 von aktuell 13 auf 7 Millionen Euro fast halbiert werden.
- Die Mittel waren bereits von 2023 auf 2024 erheblich reduziert worden, nämlich von 17 auf 13 Millionen Euro.
- Eine Kürzung des Budgets für die Zentren wäre eine ernsthafte Gefahr für den einzigen Sektor, der psychisch belasteten Geflüchteten in Deutschland Unterstützung anbietet.

II. Versorgungsbedarf:

Wie viele geflüchtete Menschen in Deutschland sind psychisch belastet?

- 87 % aller geflüchteten Menschen in Deutschland haben potenziell traumatisierende Ereignisse wie Krieg, Verfolgung oder Zwangsrekrutierung erlebt (Brücker et al., 2019).
- Rund ein Drittel der in Deutschland lebenden Geflüchteten entwickeln Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) oder einer depressiven Erkrankung (Blackmore et al., 2020; Lindert et al., 2018; Steel et al., 2009).

III. Versorgungskapazitäten:

Wie viele geflüchtete Menschen können in- und außerhalb des Gesundheitssystems versorgt werden?

- Geflüchtete können durch die Einschränkungen in §§ 4 und 6 AsylbLG in den ersten 36 Monaten ihres Aufenthalts nicht im Gesundheitssystem behandelt werden.
- Anträge auf Psychotherapien werden durch die Sozialbehörden – trotz europarechtlicher Verpflichtung durch die EU-Aufnahmerichtlinie – i. d. R. abgelehnt oder nicht bearbeitet.
- Durch die Verdoppelung des Zeitraums eingeschränkter Gesundheitsleistungen im AsylbLG im Februar 2024 hat sich der Personenkreis unversorgter Geflüchteter stark vergrößert.
- Den Großteil der psychosozialen Versorgung übernehmen daher die 48 Psychosozialen Zentren (PSZ) für Geflüchtete, die unter dem Dach der BAFÖ organisiert sind. Auch die PSZ können nur 6,3 % ihrer Leistungen über die gesetzlich verantwortlichen Leistungsträger abrechnen (Karato & Flory, 2024).
- Die PSZ versorgen jährlich etwa 25.800 Klient*innen und vermitteln rund 2.800 Klient*innen an kooperierende Ärzt*innen und Therapeut*innen der Regelversorgung. Damit versorgen sie nur 3 % der potenziell behandlungsbedürftigen Personen (Karato & Flory, 2024).
- Die PSZ können die größer werdende Lücke aufgrund ihrer bereits zuvor begrenzten Kapazitäten nicht kompensieren.
- Gleichzeitig steigt die Belastung geflüchteter Menschen u. a. in Unterkünften enorm, in den Akutprechstunden einiger Zentren melden sich inzwischen so viele suizidale Menschen, dass zwei Mal wöchentlich notärztliche Einsätze nötig werden.

IV. Risiken:

Welche Folgen drohen, wenn noch mehr geflüchtete Menschen unversorgt bleiben?

- Durch die Kürzung der Mittel für die PSZ drohen bundesweit Aufnahmestopps, Therapieabbrüche und Einrichtungsschließungen.
- Erkrankungen, die ambulant behandelt oder durch niedrigschwellige Unterstützungsangebote aufgefangen werden könnten, chronifizieren und zerstören Bildungs- und Berufsperspektiven. Unversorgte Klient*innen müssen für Kriseninterventionen in Kliniken eingewiesen werden, die angespannte Unterbringungssituation wird sich massiv verschärfen.
- Unterkünfte, Jugendämter, Kindergärten, Schulen, Behörden, Gerichte, Krankenhäuser und Praxen verlieren Anlaufstellen, die sie bisher in Beratungs- und Krisenfällen geschult, aufgeklärt, im Umgang mit traumatisierten Personen beraten und supervidiert haben.

V. Gesellschaftliche und ökonomische Potenziale:

Wer profitiert von einer frühzeitigen Unterstützung durch die PSZ?

- Die psychosoziale Versorgung Schutzsuchender, finanziert durch Steuermittel, ist ökonomisch rational: Sie entlastet perspektivisch alle anderen Sozialsysteme, so auch die Kranken- und Rentenversicherungssysteme und wirkt sich durch reduzierte Produktivitätsausfälle auch auf Arbeit, Bildung und Teilhabe positiv aus. Im Endeffekt ist es teurer für den Sozialstaat, die Erkrankungen schutzsuchender Menschen verspätet zu behandeln, als diese sofort medizinisch angemessen zu versorgen (Biddle, 2024).
- Für die Angebote der PSZ wird aktuell von einer gesellschaftlichen Rendite von bis zu 125 Millionen Euro pro Jahr ausgegangen.
- Jeder Euro, der in die Versorgung Geflüchteter investiert wird, kann 2,5 bis 3 Euro an volkswirtschaftlichem Gewinn generieren (Gerlinger et al., 2024).
- Spiegelbildlich sind als Folge der Nichtversorgung Opportunitätskosten in Höhe von mindestens 2,7 bis 3,2 Milliarden Euro zu erwarten.

Empfehlung:

Wir regen eine Aufstockung im Haushaltsjahr 2025 auf mindestens **27 Millionen Euro** an.

Literatur:

- Blackmore, R., Boyle, J. A., Fazel, M., Ranasinha, S., Gray, K. M., Fitzgerald, G., Misso, M., & Gibson-Helm, M. (2020). The prevalence of mental illness in refugees and asylum seekers: A systematic review and meta-analysis. *PLOS Medicine*, 17(9), e1003337. <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.1003337>
- Biddle, L. (2024). Verlängerte Leistungseinschränkungen für Geflüchtete: Negative Konsequenzen für Gesundheit – erhoffte Einsparungen dürften ausbleiben. *DIW Wochenbericht Nr. 12/2024*, 199–207. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.897117.de/24-12.pdf
- Brücker, H., Croisier, J., Kosyakova, Y., Kröger, H., Pietrantuono, G., Rother, N., & Schupp, J. (2019). *Zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung. Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung*. (01/2019; Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse1-2019-fortschritte-sprache-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile
- Gerlinger, T., Groß, S., & Polat, L. (2024). *Psychosoziale Zentren: Leistungen, Finanzierung, ökonomischer Nutzen, Finanzierungsalternativen. Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Finanzierungsstruktur der Psychosozialen Zentren für geflüchtete Überlebende von Krieg, Verfolgung und Folter“* [Application/pdf]. Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften. <https://doi.org/10.4119/UNIBI/2992605>
- Karato, Y., & Flory, L. (2024). *Flucht & Gewalt. Psychosozialer Versorgungsbericht Deutschland 2024*. BAF. https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2024/06/BAF_VB2024_web_01.pdf
- Lindert, J., Ehrenstein, O. S. von, Wehrwein, A., Brähler, E., & Schäfer, I. (2018). Angst, Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen bei Flüchtlingen – eine Bestandsaufnahme. *PPmP - Psychotherapie · Psychosomatik · Medizinische Psychologie*, 68(01), 22–29. <https://doi.org/10.1055/s-0043-103344>
- Steel, Z., Chey, T., Silove, D., Marnane, C., Bryant, R. A., & van Ommeren, M. (2009). Association of torture and other potentially traumatic events with mental health outcomes among populations exposed to mass conflict and displacement: A systematic review and meta-analysis. *JAMA: The Journal of the American Medical Association*, 302(5), 537–549. <https://doi.org/10.1001/jama.2009.1132>